
Eigenständige Friedensarbeit der Kirche

Immer wieder wurde auf die Eigenständigkeit der kirchlichen Friedensarbeit hingewiesen. Der Bischof von Greifswald, Horst Gienke, betonte in einem Interview mit Radio DDR, dass man "bei aller Würdigung ihrer Verantwortung" den Frieden nicht einfach den Politikern und Generälen überlassen" dürfe. Vorwürfe, dass die kirchlichen Friedensaktivitäten die westeuropäische Friedensbewegung gespalten hätten, wies der Vorsitzende des ständigen Ausschusses für Friedensfragen der Berlin-Brandenburgischen Kirche, Pfr. Manfred Domrös, Potsdam, zurück. Diese hätten im Gegenteil die westeuropäische Friedensbewegung wesentlich gestärkt. M. Domrös meinte, nach kirchlicher Sicht sei "die Hauptgefahr die internationale Hochrüstung, zu der auch die Warschauer Allianz ihren Beitrag gibt", nicht nur die drohende Stationierung von Pershing- und cruise-missile-Waffen im Westen. 18

Proteste an der Basis gegen Militarisierung und Wehrdienstpflicht für Frauen

Die DDR-Führung hingegen betont, die Friedensarbeit sollte sich auf den Kampf gegen die vorgesehene weitere Raketenrüstung der NATO konzentrieren, währenddem Kritik am Kriegsspielzeug etc. dritt- und vierrangige Forderungen seien. Eine Ostberliner Gruppe von Pazifisten hat nun angesichts der wachsenden Militarisierung der DDR-Gesellschaft begonnen, Unterschriften für eine Eingabe an die DDR-Volkskammer zu sammeln, in der ein Verbot für Einfuhr und Vertrieb von Kriegsspielzeug gefordert wird. Gegen die Einführung des neuen Wehrdienstgesetzes vom März 1982, wonach im Ernstfall auch Frauen in die allg. Wehrpflicht einbezogen werden können, haben im Oktober DDR-Frauen in einer Eingabe an Erich Honecker protestiert. Mehrere Hundert Frauen haben das Schreiben unterzeichnet, zwei davon sind vorübergehend festgenommen worden. Sie fordern die gesetzlich verankerte Möglichkeit der Verweigerung, da sich aus dem Gesetz eine Einschränkung der Gewissensfreiheit ergebe.

(g2w/3862)

Oek. Aufruf "Weihnachten für den Frieden" - 4.Advent als Fastentag proklamiert

Auf einen weltweiten ökumenischen Aufruf "Weihnachten für den Frieden" macht sodann die Mecklenburger Kirchenzeitung vom 5.12.82 aufmerksam. Die Initiative zu einem weltweiten Akt der Busse und der Solidarität ging zuerst 1979 von einer ökumenischen Gemeinde in Genf aus. Der Weltkirchenrat, der Lutherische und der Reformierte Weltbund, das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und das Hochkommissariat der UNO für Flüchtlinge haben die Initiative aufgenommen und wenden sich mit einem Aufruf an alle Menschen guten Willens:..."sich zusammenschliessen, um das Vertrauen zwischen Menschen und Völkern wiederherzustellen, eine gerechtere internationale Ordnung zu schaffen, dem Wettrüsten Einhalt zu gebieten, Sofortmassnahmen zu ergreifen, damit Millionen Menschen vor dem Hungertod, vor Unrecht und Gewalt gerettet werden können, ihrer Hoffnung und ihrem Engagement einen sichtbaren Ausdruck zu verleihen durch einen gemeinsamen Akt der Busse und Solidarität...

Wir sind alle eingeladen, am 4.Advent von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang zu fasten...Wir appellieren an die Regierungen, es uns nachzutun und einen Teil ihrer militärischen Ausgaben zur Verfügung zu stellen, damit wenigstens die Grundbedürfnisse der Aermsten der Armen gedeckt werden können...

(g2w/3863)

Hirtenbrief der katholischen Bischöfe zur Friedensfrage 19.1.1983

Informationsdienst 9 24
Erstmals äussert sich nun auch die katholische Kirche zur Friedensfrage: anlässlich des Weltfriedenstages haben die katholischen Bischöfe in der DDR zu Fragen der Friedenssicherung, der Wehrdienstverweigerer und des Wehrkundeunterrichts in Schulen und Ausbildungsstätten Stellung genommen. Der Hirtenbrief, der am 2. Januar von allen Kanzeln der DDR verlesen wurde, erläuterte, dass die Kirche kein politisches Konzept zur Friedenssicherung vorlegen könne. Dies sei auch nicht ihre Aufgabe. Sie könne aber auch nicht schweigen, wenn sie Fehlentwicklungen sehe, die ins Verderben führen könnten. Eine solche Fehlentwicklung sei die Existenz von modernen Massenvernichtungswaffen. Auch die konventionellen Waffen hätten eine immer grössere tödliche Perfektion erreicht, und es sei offenkundig, dass die moderne Kriegstechnik die These von einem 'gerechten Krieg' in eine Krise geführt habe. Die kirchliche Lehre vertrete an sich keinen absoluten Pazifismus; die Bischöfe zollten auch jenen Respekt, "die den Waffendienst in der Hoffnung ableisten, damit der Sache des Friedens in der Welt zu dienen".

Papst Johannes Paul II. hatte der katholischen Kirche in der DDR anlässlich einer Audienz für sechs Bischöfe im Oktober 1982 nahegelegt, über aktuelle Fragen der christlichen Friedensverantwortung auch mit den evangelischen Kirchen das Gespräch zu suchen.

Im neuen Wehrdienstgesetz der DDR vom 25. März 1982 sei das Recht auf freie Gewissensentscheidung ausdrücklich anerkannt worden. Wer daher davon Gebrauch mache, sollte nicht mit Nachteilen rechnen müssen, schreiben die Bischöfe. Jungen christlichen Wehrdienstverweigerern in der DDR hatte der Staat mit Repressalien geantwortet. Neben dem waffenlosen Ersatzdienst in den Baueinheiten der Nationalen Volksarmee sollte auch über andere Formen eines Wehersatzdienstes nachgedacht werden. Es wäre auch zu wünschen, dass Reservisten, die bereits mit der Waffe gedient haben, nachträglich die Möglichkeit zum waffenlosen Dienst eingeräumt werde.

Ganz besonders besorgt äussern sich die Bischöfe über den Wehrkundeunterricht an Schulen und Ausbildungsstätten der DDR. Es sei notwendig, dass auch in Schulen und Ausbildungsstätten die Freiheit der Gewissensentscheidung im Blick auf die vormilitärische Ausbildung respektiert werde. Die Berliner Bischofskonferenz habe gegenüber der DDR-Führung bereits ihre schweren Bedenken gegen die Einführung des Wehrkundeunterrichts mitgeteilt.

Das Erziehungsrecht der Eltern wird in dem Hirtenbrief als "unaufgebbar" bezeichnet. "Eltern dürfen ihr Ersterziehungsrecht nicht aus der Hand geben, und keiner darf es ihnen aus der Hand nehmen. Auch der Staat muss bei seinen Erziehungszielen den Willen der Eltern beachten", hatten die Bischöfe bereits in einem Hirtenbrief von 1981 geschrieben. "Wir ermutigen jene Eltern, die sich mit allen Kräften dafür einsetzen, dass ihre Kinder in der Gesinnung und der Bereitschaft zum Frieden, zur Gewaltfreiheit und zur Toleranz erzogen werden. Wo Friedfertigkeit im kleinen gedeiht, dürfen wir auch Hoffnung für den Frieden in der Welt haben."

Auf diesen Hirtenbrief der Bischöfe hat die DDR-Regierung am 6. Januar mit einer scharfen Kritik reagiert. In einer von der DDR-Nachrichtenagentur ADN verbreiteten Erklärung wurde den Bischöfen vorgeworfen, sie seien "von Rom aus gelenkt" und hätten den Feinden des Sozialismus in der DDR ihren Segen gegeben, die den Wehrkundeunterricht in der DDR "madig machen, um die reванchistischen Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland zu tarnen"

Auch aus dem Westen wurde Kritik an dem Hirtenwort der deutschen Bischöfe geübt, da diese in den Passagen über Abrüstung und Gewaltanwendung Ost und West "unzulässig gleichgesetzt" hätten. Dies sei moralisch fragwürdig und politisch unzulässig, da der Osten die Aufrüstung vorangetrieben habe und die westliche Nachrüstung nur der Verteidigung diene.

Evangelische Information

Heiligabend, in Jena

13.1.83
Berlin. In seinem offenen Brief, den die West-Berliner "Tageszeitung" am 3. Januar veröffentlichte, an die westeuropäische Friedensbewegung zitiert der ehemalige Jenaer Schriftsteller Jürgen Fuchs einen Brief, den er zum Jahreswechsel aus Jena erhalten hatte. Darin heißt es u.a.:

....Wir hatten 14 Tage vor Weihnachten in der Jungen Gemeinde darüber gesprochen, daß es gut sein könnte, am Heiligabend nicht nur Geschenke auszutauschen und vom 'Fest des Friedens und der Familie' zu sprechen, sondern etwas zu tun. Wir wollten öffentlich zeigen, daß wir für wirklichen Frieden ohne Waffen sind... Auf dem 'Zentralen Platz' in der Nähe der Friedenskirche wollten wir uns um 14 Uhr treffen zu einer Gedenkminute. Ganz still, ohne Plakate und Flugblätter, die sind ja ohnehin verboten... Das wurde von Mund zu Mund weitergesagt. Kurze Zeit später

(g2w/3905)

begannen die Behörden zu rotieren, redeten von einem 'Sternmarsch, an dem sich Kirchenführer beteiligten' - schön wäre es!

Viele Freunde wurden Tage vorher von der Staatssicherheit verhört, am 18. und 19. ging das los. Ihnen wurde gedroht, sie sollten sich ja nicht in die Innenstadt wagen am Heiligabend. Gegen einige wurden Verfahren eröffnet nach § 139, das betrifft 'Verfolgung und Beleidigungen und Straftaten', und nach § 220, 'Öffentliche Herabwürdigung'. Die Verhörer haben ihre Methoden, drehen einem die Worte im Munde herum, wenn man denen was erklären will. So wurde Angst verbreitet und Druck erzeugt.

In den Betrieben, bei Schott, Zeiß und Jenapharm gab es Versammlungen, auf denen vor 'Umtrieben' gewarnt wurde. Heiligabend ab früh um sieben Uhr kon-

trollierten Streifen die Bahnhöfe und Zufahrtsstraßen. Junge Leute, die 'so aussahen', wurden zurückgeschickt oder, wenn sie sich weigerten, festgenommen und 'verwahrt' bis in die Abendstunden ... Hunderte, vor allem Zivile, waren im Einsatz. Die Familien von denen werden geflücht haben - an so einem Tag nicht zu Hause. Auch so entsteht Haß... Der Superintendent war beim Rat der Stadt und wollte vermitteln. Er riet den Behörden, doch mit uns zu sprechen, es wäre eine gute Gelegenheit. Er wurde empört abgewiesen: 'Mit Gesetzesbrechern reden wir nicht!' So eine Dialogunfähigkeit, so eine Verbissenheit und Angst! Ich frage mich nur, wovor...

Also, um 14 Uhr war es dann doch einigen Familien mit Kinderwagen gelungen, vor die Friedenskirche zu kommen. Rubs waren dabei, die Maler, du kennst sie... noch andere. 30, 40, mehr nicht. Die anderen hatten sie alle abgedrängt oder eingeschüchtert. Überall Zivile mit Sprechfunkgeräten und Fotoapparaten, die knipsten immerzu. Als Frank Rub auch eine Kamera zückte, wurde er von zwei Männern umringt, die wollten den Film und wurden handgreiflich. Er rannte in die Kirche und ließ den Film in der Sakristei einschließen... mal sehen, ob einige Bilder geworden sind. Es war echt schlimm, beschämend... auch absurd. Die Polizei und die Stasi demonstrierte, wir kamen gar nicht dazu. Ute Hinkeldey, sie ist Sozialhelferin und hat zwei Kinder, wurde am 24. früh zu Hause von der 'Firma' aufgesucht. Die hatten einen Krankenwagen mitgebracht und wollten ihre beiden kleinen Kinder, die noch nicht in der Schule sind, in ein Heim bringen 'für die Zeit der Befragung'. Die Eltern von ihr waren zufällig da und tobten herum, da sind sie wieder abgezogen.

Zu solchen Methoden greifen die... Es reicht offenbar nicht, wenn sie in den Jahren zuvor viele ausgebürgert haben, ganze Freundeskreise wurden abtransportiert. Michael Blumenhagen saß noch bis vor kurzem im Knast wegen Verweigerung des Reservistendienstes, jetzt ist er auch in Westberlin wie die Leibners... Sein Haus haben sie abgerissen im Sommer, als er in Unterwellenborn in Haft war. Ich könnte mich aufregen! Roland Jahn und Manfred Hildebrand, der den 'Berliner Appell' unterschrieb, wurden verhaftet.

Beide setzten sich für Blumenhagen ein, Roland fuhr mit einer kleinen polnischen Fahne durch die Stadt, auf dem Fahrrad, da haben sie ihn gekascht. Jetzt wollen sie von Beate Sonntag, einer jungen Frau, die in der Gärtnerei gearbeitet hat, Zeugenaussagen erpressen. Sie soll beide belasten und die 'Drahtzieher' nennen... auf Lutz Rathenow haben sie es abgesehen, auch du und 'Ausländer', auch wel-

che von der Friedensbewegung sind Feinde in diesem Zusammenhang... Ingo Güter, er ist Drucker und 23 oder 24, den haben sie wegen Totalverweigerung verurteilt zu zwei Jahren... Das gehört alles dazu, verstehst du. Und wenn das auf die anderen Städte weitergedacht wird, da leben ja auch Leute, dann weiß man, was bei denen los ist. Was wird nur werden... Wenn wir hier nicht mal eine Schweigeminute abhalten können am Heiligabend... In England fassen sich Zehntausende an den Händen und kreisen einen Atomstützpunkt ein, ganz große Klasse... Aber wenn ich mir das hier vorstelle! Nein, wir geben nicht auf. Zehn sind manchmal wie 10.000, und doch, es ist deprimierend und macht mich wütend: In der Zeitung fast jeden Tag große Artikel über die westliche Friedensbewegung, da tut man sonstwie... und dann das am Heiligabend. Aber versteh' das nicht falsch, das gehört vielleicht dazu. Wir geben nicht auf. Aber es ist schwer..."

Neue Festnahmen in Jena

27.1.83.

Berlin. Der Jenaer Autoschlosser Edgar Hillmann ist am 16. Januar aus DDR-Haft entlassen worden. Hillmann war am 14. Januar zusammen mit zwei weiteren in der Friedensarbeit aktiven jungen Jenaer Bürgern festgenommen worden. Der Liedermacher Peter Kähler und der zur Zeit bei der evangelischen Kirche als Hilfskraft beschäftigte Maler Frank Rub sind nach Informationen aus dem West-Berliner Freundeskreis der Betroffenen weiterhin in Haft. Mit welcher Begründung die Inhaftierung erfolgt ist, wurde nicht bekannt.

Hillmann, Kähler und Rub sollen sich, wie es heißt, am 24. Dezember an einer von Jugendlichen in Jena auf dem Marktplatz gehaltenen Friedensgedenkminute beteiligt haben. Zahlreiche junge Kriegsdienstgegner aus Jena waren durch staatliche Kräfte in Zivil daran gehindert worden, sich am Heiligen Abend auf dem Marktplatz der Stadt zu versammeln.

In West-Berlin lebende frühere Einwohner Jenas sehen auch einen Zusammenhang zwischen den Festnahmen am 14. Januar und den Prozessen gegen Manfred Hildebrandt und Roland Jahn. Hildebrandt ist nach in West-Berlin vorliegenden Informationen am 28. Dezember zu 16 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Hildebrandt soll sich kritisch mit der Wehrerziehung in der DDR auseinandergesetzt haben. Jahn wird „Mißachtung staatlicher und gesellschaftlicher Symbole“ vorgeworfen. Er soll mit einer polnischen Fahne durchs Land gefahren sein, die er mit der Aufschrift „Solidarität mit dem polnischen Volk“ versehen hatte. Über den Ausgang des Prozesses gegen Jahn, der am 17. Januar vor dem Bezirks-

gericht in Jena stattfand, liegen noch keine Informationen vor. Obgleich die Verhandlung öffentlich sein sollte, wurden Freunde Jahns mit der Begründung abgewiesen, im Verhandlungsraum seien keine Plätze frei.

Staatsicherheitsbehörden in Jena haben, wie jetzt in West-Berlin bekannt wird, bereits am 16. Januar in Jena zwei weitere Männer festgenommen, die zur Jenaer „Friedenszene“ gehören. Es handelt sich um den Krankenpfleger Uwe Behr (26), der in der Jenaer Universitätsnervenklinik beschäftigt ist, und den Elektromonteur Ulrich Schlutter (36). Behr war an der von Staatsicherheitskräften behinderten Schweigeminute auf dem Jenaer Marktplatz am 24. Dezember 1982 beteiligt. Über die Gründe für die Festnahme von Behr und Schlutter wurde nichts bekannt.

Bereits 1976 hatte Behr mehrere Monate in Untersuchungshaft verbracht, ohne vor Gericht gestellt zu werden. Während andere damals Verhaftete, die sich mit dem ausgewiesenen Liedermacher Wolf Biermann solidarisiert hatten, nach West-Berlin abgeschoben wurden, war Behr in die DDR entlassen worden, ohne daß ein Gerichtsverfahren gegen ihn eröffnet worden wäre. Am 14. Januar waren drei Jenaer, die ebenfalls an den Vorgängen am Heiligen Abend beteiligt waren, festgenommen worden. Einer von ihnen, der Autoschlosser Edgar Hillmann, wurde zwei Tage später freigelassen.

DDR verurteilt fünf Wehrdienstgegner 22. 1. 83.

Berlin. Zu jeweils 18 Monaten Freiheitsstrafe sind in der DDR fünf wehrpflichtige junge Männer verurteilt worden, weil sie darauf bestanden haben, ihren Grundwehrdienst in waffenlosen Baueinheiten abzuleisten. Damit ist erstmals von der seit 1964 bestehenden „Bausoldatenregelung“ abgewichen worden, die Wehrpflichtigen die Möglichkeit einräumt, einen waffenlosen Ersatzdienst in Baueinheiten des Ministeriums für Nationale Verteidigung zu leisten, wenn sie „aus religiösen Anschauungen oder aus ähnlichen Gründen den Wehrdienst mit der Waffe ablehnen“.

Entgegen dieser Regelung, die keine Überprüfung der Glaubens- oder Gewissensgründe vorsieht, waren die fünf jungen Männer, die sich im vergangenen Jahr vorschriftsmäßig zum Bausoldatendienst gemeldet hatten, im Herbst zu bewaffneten Einheiten der Volksarmee der DDR eingezogen worden. Als sie auf dem waffenlosen Dienst beharrten, wurden sie in Untersuchungshaft genommen. Die nunmehr von Militärgerichten in Dresden, Berlin und Schwerin verhängten Freiheitsstrafen entsprechen der Dauer des in der DDR bestehenden Grundwehrdienstes.

Wie in Ost-Berlin weiter bekannt wurde, sind im Unterschied zu diesem Vorgehen einige andere junge Männer, die ebenfalls gegen ihren erklärten Willen in bewaffnete Einheiten der Volksarmee eingezogen und verhaftet worden waren, inzwischen aus der Untersuchungshaft entlassen und zum Dienst in Baueinheiten einberufen worden.

*Übernommen mit „Das lebendige Wort.“
/ Beiträge zur kirchlichen Verkündigung.
Festschrift für Gottfried Vogt zum 5. Geburtstag
mit gegen evangelische Verlagsanstalt. Berlin DDR.
Joachim Wiebeking: Luther in der heutigen theologischen Ethik
/ Die „Zwei-Reiche“-Lehre in Lutherjahres. m. G. d. d. DDR !.*

3. Streit um die Zweireichelehre

Am umstrittensten im Erbe Luthers auf dem Gebiet der Ethik ist wohl die sogenannte Zweireichelehre, die in einer unübersehbaren Literatur während der letzten vierzig Jahre nach all ihren Möglichkeiten und Gefahren abgeklopft worden ist. Hans-Joachim Iwand hat in seiner Vorlesung über Luthers Theologie die Problematik dieser Lehre darin gesehen, daß sie auf Grund der Erfahrung des Bauernkrieges gebildet worden ist und daher ihr Akzent auf der Abwehr aller revolutionären Akte und auf der Monopolisierung der staatlichen Gewalt gelegen hat. "Wenn man alles dieses überdenkt, so wird man nicht mehr ohne weiteres glauben, man könne mit Luthers Zwei-Reiche-Lehre heute im Sinne des Gebotes Gottes und so, wie es Luther im Grunde

27

achters wieder Aussagen M. Honeckers hilfreich. Er wertet die Zweireichelehre als eine hermeneutische Kategorie, durch die ein anthropologischer Sachverhalt entschlüsselt wird. Im Anschluß an Ebelings Luther-Interpretation ortet er die Zweireichelehre im Rahmen der beiden Relationen des Menschen coram Deo und coram mundo. "Die Zweireichelehre hält dazu an, zwei Bezüge, zwei Foren zu unterscheiden ... Die reformatorische Unterscheidung setzt freilich eine Beziehung zwischen beiden Bezügen voraus, für welche zwar Gott nicht ohne Welt ist, die Welt aber eben nicht göttlich... Weil Theologie freilich darum weiß, daß Geistliches und Weltliches in der faktisch vorgegebenen Realität miteinander vermenget sind und daß die beiden Foren coram Deo und coram mundo im Gewissen des Menschen sich überschneiden, wird sie gerade auf Unterscheidung dringen, auf die Unterscheidung von Glaube und Politik, von Evangelium und Empirie, von Theologie und empirischer Wissenschaft". 38) In diesen Sätzen ist allerdings die Zusammgehörigkeit beider Relationen zu wenig zum Ausdruck gebracht, die durch die Rede von der umfassenden Herrschaft Gottes in Jesus Christus über die Welt aufgegeben ist. Gott übt seine Herrschaft jedoch in unterschiedlicher Weise aus, und das Proprium der Zweireichelehre ist es, eben diesen Unterschied der Herrschaftsweisen festzuhalten. Das Angebot des Heils in der Verkündigung des Evangeliums und die dadurch geweckte Liebe sind dann zu differenzieren von der Bemühung um Frieden und Gerechtigkeit unter allen Menschen mit Hilfe von Vernunft und kontrollierter Gewalt. Letztere Bemühung ist in Kooperation von Christen und Nichtchristen möglich, während die Relevanz des ersteren Angebots zwischen Christen und Nichtchristen immer strittig blieben wird.

Die Frage ist auch für Zeugnis und Dienst der Kirche in einer sozialistischen Herrschaft Gottes nicht miteinander identifiziert werden, ist eine Verständigungsplattform für Christen und Nichtchristen in der sozialistischen Gesellschaft gegeben, die trotz verschiedener Motivation und glaubensmäßiger Bindung ein gemeinsames Handeln im sozialen Beziehungsfeld ermöglicht. Der Christ, der sich auf diese Verständigungsplattform begibt, verrät nicht seinen Glauben, sondern sucht ihn unter den besonderen Bedingungen des "weltlichen Regiments" zu bewahren. Weil der Christ sich aber in seinem ganzen Leben der Herrschaft Gottes zugehörig weiß, darf aus der Unterscheidung nicht eine Trennung der Herrschaftsweisen Gottes werden. Gottfried Noth hat mit Recht unterstrichen, daß es bei den beiden Reichen nicht um die Trennung von Kompetenzen und auch nicht um eine Parallele zur Trennung von Kirche und Staat geht, wie sie für die sozialistische Gesellschaft Voraussetzung ist. Wohl aber ist dem Christen für die Gestaltung der sozialen Beziehungen der Gebrauch der Vernunft freigegeben, während der gleiche Gebrauch für die Beziehung zu Gott auf verheerende Irrwege führt.

"Die Freigabe der Vernunft für die weltlichen Lebensbereiche bedeutet also nicht ihre Vergötzung". 39) Der Glaube an die umfassende Herrschaft Gottes in Jesus Christus ist keine Alternative zu der so verstandenen Zweireichelehre. 40)

Wenn die Zweireichelehre auf Grund ihres möglichen Mißbrauchs in Frage

trklich gemeint habe, politische Probleme lösen". 33) In dieser Kritik wird etwas ausgesprochen, was heute in vielen Modifikationen und Tonlagen wiederholt wird: Luthers Lehre von den beiden Reichen ist durch ihren Situationsbezug und ihre Wirkungsgeschichte für die gegenwärtige theologische Ethik nicht mehr ergiebig. Dementsprechend wird sie etwa in Walter Kreck's Grundfragen der Ethik" von 1975 nicht mehr behandelt; sie ist aus dieser Sicht höchstens ein Thema der Lutherforschung, aber kein Impuls für die Gegenwart.

Degegen sind andere Stimmen zu nennen, die für eine wenn auch kritische Wiederaufnahme der Zweireichelehre Luthers plädieren, weil sie sie für eine notwendige Orientierungshilfe in der Gegenwart halten. Das ist bei der Vollversammlung des Lutherischen Weltbundes in Evian durch Heinz Eduard Schmidt ausgesprochen worden. Der produktive Sinn der Zweireichelehre liegt nach seiner Meinung darin, daß sie Kriterien für die Weltverantwortung der Christen an die Hand gibt, und er belegt das aus dem eigenen Verhalten Luthers, der als Doktor der Theologie in das soziale Geschehen seiner Zeit sowohl kritisch als auch konstruktiv eingegriffen hat und eine "Eigengesetzlichkeit" von Politik, Recht, Wirtschaft und Wissenschaft nicht hat gelten lassen. "Orientieren wir uns also heute an Luthers eigenem Verhalten als Lehner, wie ich meine, kompetenten Auslegung der Zweireichelehre, so sehen wir uns verpflichtet, analoge Verantwortung in unserer Zeit wahrzunehmen." 34)

Tödt's Schüler Ulrich Duchrow hat im gleichen Jahr unter dem Titel "Christenheit und Weltverantwortung" eine Untersuchung der Zweireichelehre Luthers veröffentlicht, die aus einem aktuellen Interesse an Wegweisung in den gegenwärtigen Weltproblemen erwachsen ist. Die Differenz zwischen Luthers Denken und der modernen Situation wird nicht verschwiegen, dennoch sieht U. Duchrow in Luthers Zweireichelehre das Gefüge von Gottes- und Weltverhältnis der Christen in unerreichter Weise formuliert. In der Polemik gegen eine von Duchrow, Huber und Reith verantwortete Textausgabe zum Thema "Umdeutungen der Zweireichelehre Luthers im 19. Jahrhundert" hat Trutz Rendtorff geltend gemacht, daß die Zweireichelehre im vorliegenden Jahrhundert keine Rolle gespielt habe und gegen sie ein kirchenpolitisches Vorurteil bestünde; "eine theologische und sozialethische Würdigung der Zweireichelehre, die im Blick auf die Väter so verständnislos macht, ist wohl kaum zukunftsfruchtig." 35) U. Duchrow und Huber haben mit einer Antikritik repliziert, in der sie T. Rendtorff ein bestimmtes Vorurteil vorwerfen, nämlich das harmonisierende Bild des 19. Jahrhunderts zugunsten der "Theorie des neuzeitlichen Christentums". Darum würden von T. Rendtorff die "Anpassungsmechanismen lutherischer Theologie an die Entwicklung der industriellen Gesellschaft und des imperialistischen Machtstaates im 19. Jahrhundert" ignoriert. 36) Ohne auf die theologiegeschichtlichen Details eingehen zu wollen, zeigt dieser Schlagabtausch immerhin, wie die historische Betrachtung der Zweireichelehre und ihrer Wirkungsgeschichte mit bestimmten Gegenwartsproblemen verbunden und das Material von daher beurteilt wird. 37)

Für die systematische Einordnung der Zweireichelehre sind unseres Er-

2.
14

gestellt und "suspendiert" wird, wie das von den Kirchlichen Bruderschaften 1957 gefordert wurde, steht die theologische Ethik jedoch vor der Schwierigkeit, daß sie ein neues Instrumentarium suchen muß, um biblische Richtlinien und gesellschaftliche Erwartungen miteinander in Beziehung zu setzen. Da die jeweilige Situation schon bei den neutestamentlichen Paränesen im Spiele ist, können die biblischen Aussagen zum ethischen Verhalten nicht wie zeitlose Prinzipien benutzt werden, die eben nur auf den richtigen "Fall" zu beziehen sind. Indem die theologische Ethik nach der Intention der Zweireichelehre zwischen den Herrschaftsweisen Gottes differenziert, wird sie dazu fähig, in den wechselnden Situationen sachgemäße Ratschläge zu geben. Weil die beiden Reiche andererseits nicht beziehungslos nebeneinander stehen und der Christ ebensowenig wie die Welt dadurch in zwei Teile geteilt werden sollen, wird damit nicht einer von Gott gelösten "Eigengesetzlichkeit" das Wort geredet. Ob der Begriff der beiden Reiche heute noch glücklich gewählt ist, kann man bezweifeln; die damit gemeinte Sache ist ein für die Gegenwart wichtiger Impuls aus der Theologie Luthers. 41)

Luthers Wirkung in die heutige Ethik hinein ist in mancher Hinsicht ambivalent. Neben wichtigen Anregungen und Aussagen stehen überholte Vorstellungen. So wesentlich der Durchbruch zur Freiheit, zum Handeln des Menschen, der sich nicht mehr selber durch seine Leistung vor anderen rechtfertigen muß, auf der einen Seite ist, ist doch die Gebundenheit Luthers an eine vergangene Sozialstruktur und ein mißverständliches theologisches Vokabular unübersehbar. Die genannte Ambivalenz ist für die Diskussion jedoch gerade ein fruchtbares Moment, denn sie nötigt zur präzisierenden Reflexion. Vom Blickwinkel der theologischen Ethik aus ist Luther kein "Klassiker", dessen Lehre unwidersprochen als Beleg zitiert werden kann, sondern ein Anreger zum eigenen Denken, das sich in Widerspruch und Zustimmung an seinen Gedanken entzünden kann.

Die Tagung der Bundessynode vom 24. bis 28. September in Halle und die darauffolgenden Herbstsynoden der Landeskirchen waren bestimmt vom Thema Frieden. Aus aktuellem Anlaß dokumentieren wir zwei Texte, die uns besonders wichtig erscheinen: zunächst eine Passage aus dem Tätigkeitsbericht des Dresdener Landeskirchenamtes, den Bischof Johannes Hempel auf der sächsischen Synode vorgetragen hat. Als zweites den Beschluß der Bundessynode zur Friedensfrage.

Bischof Johannes Hempel über Pazifismus und die 'deutsche Nation' (Dresden, 17.10.1982)

Besonders wichtig in den Gesprächen zwischen Staat und Kirche über christliche Friedensinitiativen ist die Frage nach dem Grund, dem Ausmaß und der konkreten Ausgestaltung christlichen Pazifismus. Christlicher Pazifismus bedeutet z.Z. in unserem Lande den Dienst bei den Baueinheiten bzw. die Verweigerung des Dienstes mit der Waffe in der Nationalen Volksarmee. Manche Vertreter der Regierung sehen in der Tatsache christlicher Wehrdienstverweigerung und besonders in deren Billigung durch kirchliche Leitungsgremien ein Signal für kirchliches Total-Mißtrauen gegenüber der Arbeiter- und Bauern-Macht.

Ein Staatsvertreter sagte hierzu (wiederum dem Sinne nach): "Im faschistischen Staat gab es viele Pfarrer, die - obwohl sie mit Hitler nichts zu tun hatten, ja teilweise sogar führend in der 'Bekennenden Kirche' tätig waren -, dennoch gewissenmäßig keine Mühe hatten, zugleich Offiziere in der damaligen Wehrmacht zu sein. Können Sie uns erklären, weshalb das heute anders ist? Wenn Sie es uns nicht erklären, müssen wir es uns selbst erklären. Und dann kommen wir als Politiker auf den Gedanken: Das ist deshalb heute anders, weil heute wir Kommunisten die Macht haben". - Die folgenden Anmerkungen sind wiederum Echo-Notizen; mehr an Antwort zu leisten vermag ich heute nicht.

Meine Überzeugung ist: Es muß in der gegenwärtigen Situation pazifistische Initiativen in unseren christlichen Gemeinden geben. Das "muß" bedeutet: Es wäre ein Zeichen für eine verträumte Kirche, wenn es diese Gruppen nicht gäbe. Dafür sind - mindestens - zwei Gründe maßgebend.

- Erstens hängt das mit den Atomwaffen zusammen. Ein Krieg mit konventionellen Waffen ist schrecklich genug. Aber die Atomwaffen sind das "Unausdenkbare, aber dennoch Fühlbare". Das Wissen über sie sitzt nicht nur in unserem Kopf, sondern

steckt auch in unserem Gedärm. Die Atomwaffen verleihen dem Krieg eine neue Qualität, geradezu im Sinne der marxistischen Erkenntnis, daß Quantität von einem bestimmten Quantum an in Qualität umschlägt. Es gibt keine Sieger mehr. Es gibt keine lokale und keine zeitliche Begrenzung der Schäden mehr. Es gibt keine Garantie, daß im Ernstfall ein konventioneller Krieg von einem atomaren Krieg freigehalten werden kann. Das alles ist schon oft gesagt worden. Ich wiederhole es, weil das tatsächlich der entscheidende Grund für christlichen Pazifismus ist.

- Zweitens sind die Erinnerungen an den 2. Weltkrieg in uns nach wie vor lebendig. Auch wenn unser Staat in keiner Rechtsnachfolge zum faschistischen Staat steht, ist in uns Älteren z.B. die Frage nach unserer damaligen Schuld bis heute lebendig. Durch die Massenmedien ist das Grauen und das Unrecht dieses Krieges auch in der jungen Generation - zu Recht - wachgehalten worden. Die an sich bedenkenswerte politische Rede, daß wir eine Armee brauchen, damit kein Krieg kommt, erreicht nicht die ganze Tiefe unserer diesbezüglichen Vergangenheit mit ihrer Schuld.

Es gibt darüber hinaus, in mehr indirektem Sinne, eine weitere Mit-Ursache für pazifistische Initiativen in unseren Gemeinden. Ich meine, die komplizierte ungelöste Frage nach der "deutschen Nation". Es ist unster Christen akzeptiert, daß zwei souveräne deutsche Staaten entstanden sind. Es ist aber nicht akzeptiert, daß die Menschen in dem anderen deutschen Staat unsere Feinde sein sollen. Daß die Bundesrepublik Deutschland in ein anderes gesellschaftliches Machtsystem gehört, ist wiederum, auch als eine ernste Tatsache, akzeptiert. Aber nichtakzeptiert ist die staatlicherseits im Grunde bekräftigte Ablehnung dieses deutschen Nachbarstaates oder der gelegentlich gewünschte Abbruch aller Beziehungen dorthin usw. Wir wollen - um Gottes Willen - keinen neuen Nationalismus. Wir können aber auch nicht unsere jahrhundertelange gemeinsame Geschichte und Kultur bestreiten.

Damit hängt die Klärung des Verhältnisses unserer Gesellschaft zur deutschen Vergangenheit zusammen. Diese Klärung wird erst langsam begonnen. Es ist verständlich, daß ein Staat in seiner Geschichtsschau Schwerpunkte setzt. Es ist aber auf die Dauer nicht realisierbar, weite Strecken der eigenen Geschichte kaum ernstlich zu berühren. Jeder hat auch Vorfahren, die er lieber verschwiege. Zur Geschichte gehört alles, was wirklich war, nicht nur das, was uns gefällt.

Ogleich in unserer Zeit pazifistische Initiativen zu einer lebendigen christlichen Kirche gehören, darf die Kirche dennoch den Pazifismus nicht zum Prinzip ihrer Lehre erheben. Die Konferenz der Kirchenleitungen hat im vergangenen Jahr in Buckow den Dienst von Christen in den bewaffneten Einheiten der Volksarmee als ein auch heute mögliches Wagnis bezeichnet. Manche Christen haben daraufhin gesagt: Das ist wieder einmal typisch Kirche; die Kirche sagt "Ja-in". Ich ergänze, Staatsvertreter haben uns gesagt, dies sein ein subversiver Satz. Aus zwei Gründen kann die Kirche nach meiner Überzeugung nicht anders entscheiden:

- Der eine Grund ist, daß (nach der biblischen Menschen- und Weltsicht) die im Menschen bis heute wirkende Spannung zwischen gut und böse - trotz der unerhörten Gefährlichkeit heutiger Waffensysteme - weltliche Macht notwendig bleiben läßt. Ein zur allgemein verbindlichen Lehre erhobener Pazifismus bringt leider keine Verringerung der Friedensgefährdungen.
- Da das Evangelium keine bloße religiöse Theorie ist, sondern Menschen erreichen und retten will, darf die Kirche bei allem, was sie lehrt, nicht von der geistlichen Kraft der Menschen und deren Grenze absehen. Wir haben kein Recht, Christen, die in der Nationalen Volksarmee dienen, als Gläubige minderer Qualität zu betrachten. Wir haben allerdings als Kirche die Pflicht, sie darin zu stärken, daß sie ihren Dienst in der Armee als Christen, mit einem an die Schrift gebundenem Gewissen durchstehen.

Mit ist klar, daß das manchen enttäuschen wird. Es gibt im Bereich der politischen Ethik keine "reine Lösungen", so sehr wir uns solche auch geistlich und menschlich immer wieder wünschen. Unsere Hände sind zu schwach und unsere Arme sind zu kurz, um die Menschheit mit Garantie vor dem Untergang zu bewahren. Wenn wir es nicht zu rasch oder resignativ tun, dürfen wir darauf vertrauen, daß Gott nicht am Ende ist, wenn wir mit unserer Weisheit am Ende sind.

Entschließung der Synode des DDR-Kirchenbundes zur Friedensfrage (Halle, 28.9.1982)

I. Die Synode hat den Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen entgegengenommen und dankt dafür, daß sie die Friedensverantwortung der Kirchen in seinen Mittelpunkt gestellt hat. Die Synode empfindet als besonders hilfreich, daß theologische Klärungen vollzogen, politikfähige Schritte benannt und alltägliche Situationen des einzelnen und der Gemeinde erörtert werden. Der Bericht hat der Synode gezeigt, daß eine deutliche Absage an Geist und Logik der Abschreckung unumgänglich ist. Zugleich sieht die Synode damit Fragen aufgeworfen, die ein verbindliches Weiterdenken nötig machen. Das jetzt erforderliche Gespräch darf nicht auf kirchenleitende Gremien beschränkt bleiben. Es muß die Erfahrungen der Gemeindeglieder auf allen Ebenen in Kirche und Gesellschaft aufnehmen, damit die Richtung für neue Schritte gefunden wird. Deshalb bittet die Synode die Konferenz und die Gliedkirchen des Bundes, den ersten und zweiten Teil des Berichtes für die Arbeit in den Gemeinden zur Verfügung zu stellen.

Die Absage an Geist und Logik der Abschreckung wirft theologische Grundfragen auf:

Neue Waffensysteme sollen den atomaren Erstschlag ermöglichen; neue Strategien suchen, seinen Erfolg zu sichern. Diese Bedrohung allen Lebens durch eine übersteigerte Rüstung fordert unseren Glauben heraus. Wenn wir sie stillschweigend hinnehmen, geraten wir in Widerspruch zu Gott dem Schöpfer, denn sein Auftrag verpflichtet uns zur Bewahrung der Schöpfung und schließt das Recht zu ihrer Zerstörung aus. Deshalb geht es hier um Gehorsam oder Ungehorsam gegen Gott. So wird in unseren Gemeinden gefragt:

- Dürfen Christen sich an der Vorbereitung von Verteidigung mit atomaren Waffen beteiligen, wenn doch sicher ist, daß die Verteidigung unwiederbringlich zerstört, was sie schützen soll?
- Dürfen Christen sich an der Drohung mit Waffen beteiligen, die eben die Katastrophe wahrscheinlich machen, die sie verhindern sollen?
- Können Christen und Kirchen angesichts des unvorstellbaren Grauens eines möglichen Krieges Waffengewalt als Mittel der Friedenssicherung und zum Schutz des Nächsten noch rechtfertigen?

Die Antwort auf solche Fragen kann auf die Dauer nicht offen bleiben.

Weil manche hier den Bekenntnisfall (status confessionis) gegeben sehen, bittet die Synode die Konferenz, zur Klärung des Begriffes "status confessionis" in Verbindung mit den Fragen des Friedens eine Untersuchung in Auftrag zu geben. Diese Untersuchung sollte im ökumenischen Kontext geschehen. Ein Bericht über diese Untersuchung ist der Synode auf ihrer Tagung 1983 vorzulegen.

II. Von Christus mit der Gabe des Friedens beschenkt und zum Friedensdienst beauftragt, haben wir nicht nur der Gefahr eines atomaren Krieges zu widerstehen, sondern auch vernünftige politische Schritte zur Gewinnung und Sicherung des Friedens zwischen den Völkern zu gehen und zu unterstützen.

Die Synode macht sich das Konzept der "Gemeinsamen Sicherheit" zu eigen, das im Bericht der Konferenz unter Aufnahme von Aussagen des hearings über Kernwaffen und Abrüstung des ÖRK in Amsterdam, der Moskauer Weltkonferenz für die Rettung der Heiligen Gabe des Lebens vor einer nuklearen Katastrophe und von Empfehlungen des Berichtes der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit ("Palme-Bericht") hervorgehoben wird.

Die Synode zählt die praktisch-politische Umsetzung dieses Konzeptes zu den wichtigsten politischen Aufgaben der 80er Jahre und unterstützt alle Versuche, die sich auf dieser Linie um friedenspolitische Alternativen zur militärischen Abschreckung bemühen.

Dabei nimmt die Synode die folgenden konkreten Hinweise des Konferenzberichtes auf und unterstreicht sie:

- vertrauensbildende Maßnahmen sollten weiter entwickelt werden in bezug auf militärische Schritte, die gemeinsame Sicherheit fördern.
- In Europa sollten Zonen militärischer Verdünnung und Entflechtung geschaffen werden, die schrittweise zu regionalen atomwaffenfreien Zonen erweitert werden.
- Erkennbar defensive Sicherheitssysteme und das Konzept kalkulierter einseitiger Abrüstungsschritte sollten Eingang in die Abrüstungsstrategie und Sicherheitspolitik der Bündnissysteme finden. Einseitige Abrüstungsschritte müssen in zwei- oder mehrseitige Abrüstungsverhandlungen einmünden, die gemeinsame Sicherheit auf niedrigerem militärischem Niveau gewährleisten.
- Die Verwirklichung des Vorschlags der Moskauer Konferenz, ein "Moratorium für feindselige Rhetorik" einzuführen, würde die Erziehung zur Friedensfähigkeit erleichtern, Feindbilder abbauen und gegenseitige Bedrohungsängste vermindern helfen.

Die Synode sieht in diesen Vorschlägen wichtige politische Konkretisierungen der christlichen Friedensverantwortung und Ansätze für ein informiertes Abrüstungsbewußtsein.

III. Erkenntnisse, die die Kirche aus ihrer Mitarbeit in der Ökumene gewonnen hat, erübrigen eigene Bemühungen der Gemeinden nicht, sondern erfordern ihr Friedenszeugnis und ihren Friedensdienst vor Ort.

Die Synode nimmt auf, daß Christen nicht nur vom Frieden reden, sondern auch friedensfördernd handeln wollen. Wo es dabei zu spontanen Aktionen und Initiativen kommt, dürfen diese nicht von vornherein kriminalisiert oder ignoriert werden. Als Ausdruck existentieller Betroffenheit einer wachsenden Zahl von Menschen lassen sie zuweilen Angst und Ungeduld, aber auch Sehnsucht und Hoffnung erkennen. Ihrem positiven Anliegen sollte in den Bemühungen um den Frieden zur Wirkung verholphen werden.

Die Synode begrüßt den Aufruf zur Friedensdekade 1982 "Angst - Vertrauen - Frieden" und bittet die Gemeinden,

- besondere Gottesdienste zu gestalten und die Fürbitte für den Frieden zu verstärken,
- Gegensätze und Unterschiede in Friedensfragen in redlicher Offenheit füreinander auszuhalten,
- Sachfragen der Friedenssicherung zu erörtern wie zum Beispiel "Palme-Bericht", Ergebnisse der Moskauer Konferenz, des Atomwaffen-Hearings Amsterdam usw.,
- Vorurteile und Feindbilder gegenüber Andersdenkenden, Gruppen und Völkern abzubauen,
- mit Bemühungen um sozial Schwache, mit zeichenhaften Schritten zur Bewahrung einer lebensfreundlichen Umwelt und anderen Aktivitäten zum Frieden in der eigenen Umgebung beizutragen.

Damit kann der Inhalt des Symbols "Schwerter zu Pflugscharen" verdeutlicht und entfaltet werden.

Die Synode begrüßt, daß die Konferenz das Zeichen "Schwerter zu Pflugscharen" als Kennzeichen für die kirchlichen Veranstaltungen der Friedensdekade 1982 und für das Arbeitsmaterial dazu bestätigt hat. Die Synode trägt den Beschluß der Konferenz mit, das Symbol nicht in einer Form herstellen zu lassen, die als Aufnäher verwendet werden kann. Sie weiß, daß dieser Verzicht angesichts des Einsatzes und der gemachten Erfahrungen besonders vieler Jugendlicher nicht leicht fällt. Wir verzichten aber darauf um des Friedens willen.

Die ausdrückliche Kennzeichnung des Symbols als eines Wegweisers in Richtung Abrüstung hilft Mißdeutungen entgegenzutreten und dient dem notwendigen sachlichen Gespräch in unserer Gesellschaft.

Mit der Einrichtung von Baueinheiten wurde bisher den Glaubens- und Gewissensentscheidungen vieler junger Menschen Raum gegeben.

Die Synode hält es um solcher Glaubens- und Gewissensentscheidungen für dringend geboten,

- daß der praktische Einsatz von Bausoldaten so erfolgt, daß ihr Dienst als "Ausdruck gesellschaftlicher Verantwortung und Friedensbereitschaft einen positiveren Inhalt erhält" und nicht durch Einsatz an waffentechnischen Einrichtungen erneut Konflikte heraufbeschworen werden,

- daß Reservisten die Möglichkeit zu waffenlosem Dienst eröffnet wird,

- daß auch in Schulen und anderen Ausbildungsstätten der Glaubens- und Gewissensfreiheit im Hinblick auf die vormilitärische Ausbildung Rechnung getragen wird,

- daß den Jugendlichen, die aus Glaubens- und Gewissensgründen eine Ausbildung an der Waffe ablehnen, nicht der eingeschlagene oder zukünftige Berufsweg versperrt wird,

- daß pazifistische Einstellungen, die heute "ein bestimmtes Maß an rationaler Begründung und politischer Vernünftigkeit" gewinnen, nicht diffamiert werden.

Die Synode weist auf zwiespältige Wirkungen der Zivilverteidigung hin.

Die Maßnahmen der Zivilverteidigung wollen dem Schutz der Bevölkerung dienen, sie haben aber auch eine militärische Komponente und bedenkliche Nebenwirkungen auf das Leben in unserer Gesellschaft.

Wo versucht wird, die Möglichkeit des Schutzes einleuchtend zu machen, kann es zur Verharmlosung des Charakters eines heutigen Krieges, insbesondere eines Atomkrieges, kommen. Wo die Dringlichkeit der Zivilverteidigung eingeschärft wird, kann es zu Bedrohungsängsten kommen, die besonders Kinder und Jugendliche seelisch gefährden.

Die Synode bittet die Gemeinden, die seelsorgerliche Aufgabe, die sich hier für sie stellt, zu erkennen und aufzugreifen. In der Gesellschaft müßte aber über die Möglichkeit und Grenzen des Zivilschutzes differenziert unterrichtet, die Problematik der Zivilverteidigung sachlich diskutiert und nach Wegen gesucht werden, mit den Emotionen, die hier aufbrechen, menschlich und hilfreich umzugehen.

Als einen Beitrag zum Frieden im Inneren, der auch nach außen wirkt, nimmt die Synode dankbar die Möglichkeit von Sachgesprächen zwischen Staat und Kirche an. Damit unterstreicht sie zugleich die Feststellung des Vorsitzenden der Konferenz der Kirchenleitungen in seinem Glückwunsch für den Staatsratsvorsitzenden am 25. August 1982: "Das Gespräch vom 6. März 1978 hat für das Verhältnis von Kirche und Staat eine Grundlage markiert, die sich bislang auch in komplizierten Situationen als tragfähig erwiesen hat und die festzuhalten und möglichst weiter auszubauen unser Wunsch ist. Wir haben damals die Formel von der Kirche im Sozialismus wiederholt und damit unterstrichen, daß wir am Leben dieser Gesellschaft teilhaben und den Gliedern unserer Kirchen und den Gemeinden helfen wollen, in der Freiheit und Bindung des Glaubens das Beste für alle und für das Ganze zu suchen."

Die Synode würdigt dankbar alle aufrichtigen Bemühungen der Politiker um die Bewahrung des Friedens. Mit ihrem Votum zum Frieden will die Synode selbst ihren Beitrag dazu leisten in der Offenheit, die Voraussetzung für Verständigung und Zusammenarbeit ist.